

Bargeldlos sei einfach zeitgemäss

Leserbrief zur eidgenössischen Abstimmung über die Bargeld-Initiative vom 8. März 2026.

Bargeldloses Bezahlen ist schnell, sicher und praktisch im Alltag. Karten und Apps werden freiwillig und breit genutzt, weil sie funktionieren. Die sinkende Nachfrage nach Bargeld rechtfertigt einen schrittweisen Abbau der teuren Infrastruktur.

Bargeld sollte weiterhin möglich bleiben, muss aber nicht mehr überall verfügbar sein. Sinnvoll wäre zudem eine Gebühr für den Bargeldbezug, damit die entstehenden Kosten fair auf die Nutzer verteilt werden. Die Zukunft liegt in modernen, digitalen Zahlungslösungen – komfortabel, transparent und wirtschaftlich sinnvoll.

Paul Lehmann,
Schmitten

Massive Teuerungswelle wegen fehlendem Fünfräppler

Wer den Fünfräppler nicht ehrt, riskiert für alle Konsumenten eine selbst verschuldete Teuerungswelle. Denn dann würden die Preise auf Zehn-Rappen-Schritte erhöht. Benzinpreise, Transport, Lebensmittel, Haushaltswaren und Medizin würden teuer, und dann handelt es sich nicht nur um ein paar Rappen, da kommt dann plötzlich auf wundersame Weise eine selbst verschuldete Teuerung auf uns zu, der wir uns vielleicht gar nicht bewusst sind. Alles nur aus Bequemlichkeit, weil wir das rote Räppli nicht aus dem Portemonnaie klaben wollen, obwohl es unsere Feinmotorik fördert. Daher bitte ich um ein Mitdenken der Bevölkerung: Wir wollen doch keine Schildbürger sein und aus Bequemlichkeit eine selbst verschuldete Teuerung auf uns laden.

Olivia Aeby,
Plasselb

Der Klimafonds ist generationengerecht

Leserbrief zur eidgenössischen Abstimmung über die Einrichtung eines Klimafonds vom 8. März 2026.

Die Klimafonds-Initiative ist eine nüchterne Investition in die Zukunft. Heute kostet uns das klimaschädliche Öl jedes Jahr rund 10 Milliarden Franken. Dieses Geld fliesst ins Ausland. Heimische erneuerbare Energie spart uns diese Kosten langfristig zu einem grossen Teil ein. Dafür braucht es aber wesentlich mehr, als wir heute tun. Zu viele Gebäude sind noch nicht saniert, zu viele Ölheizungen müssen noch ersetzt werden, und die Elektromobilität steht erst ganz am Anfang. Wer eine Hypothek besitzt, weiss: Grosse Investitionen

finanziert man nicht aus dem laufenden Budget, sondern über die Zeit. Genau so funktioniert auch ein Klimafonds. Denn es ist fair, die Rückzahlung auf mehrere Generationen zu verteilen. Auch unsere Nachkommen werden diese Infrastrukturen nutzen, so wie wir heute noch von Staudämmen aus dem letzten Jahrhundert profitieren.

Weil die Wende hin zu den erneuerbaren Energien aus vielen einzelnen Installationen besteht, müssen wir einander helfen. Eine Solaranlage auf dem Dach können Einzelne noch stemmen. Teuer wird es oft beim Netzanschluss oder bei gemeinsamer Infrastruktur. Diese Kosten kann man nicht alleine tragen, das schaffen wir nur gemeinsam. Als Belohnung dafür bleibt die Wertschöpfung im Land, und wir werden unabhängiger.

Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen und Sicherheitsgründen ist der Fonds auch eine ökologische Notwendigkeit, wenn wir unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft ermöglichen wollen. Deshalb: Ja zum Klimafonds.

Gerhard Andrey,
Freiburg

Aus der Region, für die Region – Nein zur Halbierungsinitiative

Leserbrief zur Eidgenössischen Abstimmung über die SRG-Halbierungsinitiative vom 8. März 2026.

Wollen wir auch künftig Gemüseproduzenten aus dem Grossen Moos bei «10 vor 10» und in «Schweiz aktuell» sehen – oder sollen Landwirte aus dem Raum Zürich für die ganze Schweiz sprechen? Wollen wir, dass Freiburger Musiktalente im Schweizer Radio gespielt werden, oder überlassen wir alles den Privatsendern, die oft fast nur internationale Tophits spielen? Kleinstädtische Regionen wie Deutschfreiburg wären bei Annahme der Halbierungsinitiative besonders stark betroffen. Abseits der Zentren sind private Medienangebote dünn gesät – hier tritt die SRG in die Bresche. Mit «wir Freiburg.» verfügen wir glücklicherweise noch über eine starke lokale Stimme. Für Mehrstimmigkeit sorgt aber auch bei uns die SRG. Mit Radio- und TV-Korrespondentinnen und -Korrespondenten, die die Region kennen, ist die SRG vor Ort und berichtet nicht nur über, sondern auch aus Freiburg.

Bei Annahme der Halbierungsinitiative dürfte das passé sein, es droht massiver Abbau in der Lokalberichterstattung und Zentralisierung – in Zürich. Auch in Kultur, Sport und Unterhaltung droht Kahlschlag, gerade auch in kleinen, vermeintlich weniger wichtigen Regionen. «SRF bi de Lüt» aus Murten, Schwarzsee-Schwinget oder «Donnschtig-Jass» aus Düdingen – solche Anlässe haben bei einer Halbierung schlechte Karten. Stärken Sie am 8. März mit einem Nein zur Halbierungsinitiative die Medienvielfalt und die Sichtbarkeit unserer Region.

Lukas Schwab,
Kerzers

Leserfoto



Olivier Stadelmann hat diesen Schnappschuss des Supermondes aufgenommen.

Zurückhaltende Polizeimeldungen – ein Teil des Problems?

Leserbrief zum Artikel «SVP Sense-Oberland reagiert auf Vorfälle in der Guglera» vom 3. Februar 2026.

Auf Anfragen reagiert die Medienstelle der Kantonspolizei zurückhaltend. Antworten fallen oft knapp aus und lassen wesentliche Punkte offen. Diese Praxis wirft Fragen auf, nicht nur zur Informationspolitik, sondern auch zu deren Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung und den politischen Handlungsdruck.

Ich habe der Medienstelle Fragen zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum Guglera gestellt. Die Rückmeldungen waren minimal. Eine vertiefte Einordnung oder transparente Darstellung der Lage blieb aus.

Eine offenere und umfassendere Kommunikation der Kapo zu Vorfällen im Zusammenhang mit Asylsuchenden könnte im ganzen Kanton den politischen Entscheidungsprozess positiv beeinflussen. Eine sachliche, transparente Berichterstattung würde den Druck auf die Politik erhöhen, Massnahmen anzugehen, statt Probleme zu relativieren oder zu verdrängen.

Die Bevölkerung könnte sich so ein realistisches Bild der Situation machen. Denn die wenigen Fälle, die den Weg in die Öffentlichkeit finden, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Transparenz schafft Vertrauen. Schweigen nährt Unsicherheit und Misstrauen. Eine aktive Informationspolitik wäre ein wichtiger Beitrag zu einer ehrlichen und lösungsorientierten Debatte. Ich begrüsse die Anstrengungen der Kantonspolizei, Präsenzzeiten auszu-

dehnen und Kontrollen zu verstärken. Das zeigt, dass die Lage ernst genommen wird. Diese Massnahmen ersetzen nicht die Notwendigkeit einer transparenten und umfassenden Kommunikation gegenüber der Bevölkerung.

Oliver Rumo,
Vizepräsident SVP Sense-Oberland, St. Silvester

Zweisprachigkeit als Einbahnstrasse?

Leserbrief zum Artikel «Die Gemeinde Marly streicht die Gratis-Schulbildung auf Deutsch» in den FN vom 4. Februar 2026.

«Mir war nicht klar, ob ihr Französisch oder Deutsch sprechen», sagte mir mein Nachbar in Marly, «aber dann hab ich dich im Garten laut fluchen hören. Ah voilà, une suisse-allemande!» Dies ist in Marly Realität. Noch. Die Quartiere sind munter zweisprachig, die Kinder sind gut integriert in den Vereinen, der Nachbarsjunge kommt mit den Deutschaufgaben vorbei. Dies nur, weil die Kinder die deutsche Schule besuchen und ihre Sprache beherrschen. Mit der neuen Regelung können sich dies nur noch wenige leisten.

Was dann geschieht, ist allen klar, nur nicht dem Syndic von Marly. Es wird keine deutschsprachige Minderheit mehr in Marly geben. Schulbildung in einer Sprache ist essenziell für den Erhalt dieser Sprache und für den Austausch mit der Partnersprache. Der Syndic von Marly meint, Zweisprachigkeit entstehe, wenn deutschsprachige Kinder französische Schulen besuchen. Doch die Kinder werden sich in der lokalen Mehrheits- und Unterrichtssprache ihrer Schule mit ihren Peers unterhalten. Sie werden ihre Muttersprache nur noch münd-

lich beherrschen und irgendwann ganz ablegen.

Es wird keinen Sprachtausch geben, weil die deutschsprachigen Kinder nur noch Französisch sprechen. Zweisprachigkeit kostet, ist aber auch ein Kapital für die Zukunft. Marly ist gerade dabei, dieses Kapital in die Ärgera, oh, Pardon, la Géline hinunterzuspülen. In Marly wird in Zukunft wohl höchstens noch zweisprachig geflucht, so viel Austausch wird, da muss ich dem Syndic recht geben, à la limite noch stattfinden.

Mirjam Andexlinger,
Marly

Krieg ist verboten, egal, wer ihn beginnt

Leserbrief zum Gastkommentar «Putins Scheinverhandlungen» in den FN vom Donnerstag, 5. Februar 2026.

Die Teilnahme von Russland an Verhandlungen mit der Ukraine/USA darf man als Scheinverhandlungen bezeichnen. Aber ist das wirklich der Fall? Russland geht mit seinen Maximalforderungen in die Verhandlungen: Fünf Oblaste gehen in den Besitz von Russland über, Neutralität der Ukraine, kein Nato-Beitritt usw. Das Gleiche macht die Ukraine. Auch sie stellt Maximalforderungen: gesamtes Territorium Stand 1991 zurück, Russland bezahlt den Wiederaufbau der Ukraine, alle Verantwortlichen in Russland kommen vor den Internationalen Gerichtshof usw. Betreibt die Ukraine jetzt auch Scheinverhandlungen?

Es geht hier nicht darum, ob der Krieg berechtigt ist oder nicht. Jeder Krieg ist völkerrechtswidrig. Egal von wem der Krieg, die Aggression initial ausgeht.

Joseph Bucheli,
Düdingen

Regeln für Leserbriefe

Gerne nehmen wir Ihren Leserbrief zum aktuellen Geschehen entgegen. Vorrang haben Zuschriften, die sich auf unsere Artikel beziehen, sich auf ein einzelnes Thema beschränken und uns per Mail erreichen. Bitte an: redaktion@wirfreiburg.ch.

Bitte Absender (Name, Vorname, Strasse, Wohnort) und Artikelbezug (Titel und Ausgabedatum) angeben. Die Maximallänge beträgt 1500 Zeichen inkl. Leerzeichen.

Die Redaktion entscheidet über die Auswahl der Leserbriefe und behält sich vor, Texte ohne Rücksprache zu kürzen, nur auf einzelnen Kanälen (Print/Online) oder nicht zu publizieren. Grundsätzlich werden Abonnentinnen und Abonnenten bei der Auswahl der Briefe bevorzugt behandelt.

Im Sinne der Transparenz bitten wir Sie, eine öffentliche oder politische Funktion anzugeben, falls diese einen direkten Bezug zu Ihrer Unterschrift hat. Anonyme oder «offene» Briefe und solche in Versform veröffentlichen wir nicht.

Der Ton ist respektvoll. Äusserungen, die beleidigend, ruf- oder geschädigend sind oder gegen die Antirassismus-Straf-norm verstossen, werden nicht publiziert.

Zu Leserbriefen können wir generell keine Korrespondenz führen. Ausführliche Informationen finden Sie auf wirfreiburg.ch unter dem Menüpunkt «Leserbriefe».